

Internationales Institut für Liberale Politik Wien

SOZIALWISSENSCHAFTLICHE SCHRIFTENREIHE

Inhalt

Erich Reiter

Bewältigung sozialer Probleme und
Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit
Kommentierung und Interpretation von Details
einer Studie über „politische Denkmuster“
der Österreicher

3

Anhang-Tabellen

11



Internationales Institut
Liberale Politik Wien

REIHE STUDIEN

WIEN, JÄNNER 2008

Sektionschef Hon.-Prof. DDr. Erich Reiter: Geboren 1944 in Fürstenfeld/Stmk. Dr. iur., Dr. rer. pol. Berufstätigkeit u. a. im Bundeskanzleramt, Außenministerium, Wissenschaftsministerium, zuletzt Sektionschef im Verteidigungsministerium, Beauftragter für strategische Studien. Honorarprofessor für Internationale Wirtschafts- und Sozialbeziehungen an der Universität Graz. Langjähriger Leiter des Ludwig-Boltzmann-Institut für politische Soziologie, Herausgeber mehrerer Buch- und Schriftenreihen sowie Autor zahlreicher politikwissenschaftlicher Publikationen.

Board internationaler Konsulenten

Univ.-Prof. Dr. Lothar Höbelt, Universität Wien
 Dr. Gottlieb F. Hoepli, Chefredaktor, St. Gallen
 Prof. Dr. Bo Huldt, National Defence College Försvarshögskolan (HS), Schweden
 Dir. Andreas Krischhofer-Bozenhardt, Linz
 Univ.-Prof. Dr. Stefan Pickl, Universität der Bundeswehr München
 Prof. Dr. Peter Schmidt, Stiftung Wissenschaft und Politik Berlin, Universität Mannheim
 Dr. Urs Schöttli, Korrespondent, Tokio - Hongkong
 Prof. Dr. Peter W. Schulze, Universität Göttingen
 Prof. Dr. Andrei V. Zagorski, MGIMO, Moskauer staatliches Institut für internationale Beziehungen

Impressum

Eigentümer und Verleger: Internationales Institut für Liberale Politik Wien
 Herausgeber und für den Inhalt verantwortlich: Sektionschef Hon.-Prof. DDr. Erich Reiter
 Alle: A-1010 Wien, Fleischmarkt 18/15
 Wien, Jänner 2008
 Gesamtherstellung: IILP
 ISBN 978-3-902595-13-3

Gefördert aus Mitteln der Republik Österreich
 Bundesministerium für Wissenschaft und Forschung

Die Sozialwissenschaftliche Schriftenreihe wurde vom Institut für politische Grundlagenforschung 1983 gegründet und 1988 eingestellt.
 Sie wird seit 2006 vom Internationalen Institut für Liberale Politik Wien weitergeführt.

**Bewältigung sozialer
Probleme und Verbesserung
der Wettbewerbsfähigkeit
Details einer Studie über „politische
Denkmuster“ der Österreicher**

In einer Studie unseres Institutes bzw. einer von uns in Auftrag gegebenen Umfrage des Linzer Instituts IMAS-International im April 2007 wurden u. a. auch Fragen zu den oben genannten Themenbereichen erforscht. Insgesamt interessierte insbesondere die Wertigkeit liberaler Konzepte im Umfeld anderer politischer Überlegungen und Zielvorstellungen.

Einzelne Fragebereiche dieser Studie wurden bereits publiziert. (Erich Reiter: Die Österreicher sehen die EU eher ausgewogen, Liberale Impulse 02/07; ders., Einstellung zu Neutralität und Sicherheitspolitik, Liberale Impulse Nr. 03/2007; ders., Die Einstellung der Österreicher zu Fragen der Sicherheits- und Verteidigungspolitik und zur EU, Reihe Studien Oktober 2007)

Die Untersuchung richtete sich an 1.042 Personen, die in ihrer Zusammensetzung den statistischen Proportionen der österreichischen Bevölkerung ab dem 16. Lebensjahr entsprachen.

Die Erhebung wurde in der Zeit vom 3. - 19. April 2007 von 101 sorgfältig geschulten und kontrollierten Interviewern des Instituts nach dem Quotenverfahren durchgeführt.

Zur Datenanalyse ist anzumerken, dass bei den Aufgliederungen nach Parteineigung die Angaben von FPÖ- und BZÖ-Anhängern aus Gründen der statistischen Basis zu einer Gesamtgruppe zusammengefasst werden mussten.

In dieser kurzen Studie präsentieren wir eine Kommentierung der Beantwortung der Fragen und bringen zur eigenen Vertiefung die Tabellen zu den Fragen im Anhang. Im Rahmen dieser Meinungsumfrage vom April 2007 wurden auch einzelne Aspekte der Haltung der Österreicher zu speziellen Überlegungen in der Sozial- und Wirtschaftspolitik erhoben.

**A. TAUGLICHE UND
UNTAUGLICHE SOZIALE
KONZEPTE**

Dabei ging es um die Eignung verschiedener sozialer Konzepte und um einzelne Maßnahmen zur Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit. Es wurde sowohl die Zustimmung zu bestimmten Maßnahmen als auch die Ablehnung derselben erhoben.

Von den verschiedenen, aus der später abgedruckten Tabelle ersichtlichen Ideen für Maßnahmen im Bereich der Sozialpolitik, stießen wir auf eine von 55 % belegte und somit außerordentlich starke Zustimmung zur Idee, Langzeitarbeitslose zu Sozialdiensten heranzuziehen. Viel Applaus (nämlich Zustimmung von 45 % und mehr) fanden auch die Vorschläge, die Fahrtkosten für Pendler steuerlich absetzbar zu machen, Pflegeschecks von € 1.000 für die Betreuung von alten und kranken Menschen zu vergeben und das Steuersystem radikal zu vereinfachen. Alle diese Ideen stoßen auch auf nur geringe Abneigung (d. h. unter 10 %). Bereits merklich geringer ist die Zustimmung bzw. die Relation von Zustimmung und Ablehnung bei den Vorschlägen, Müttern ab 60 (die zumindest ein Kind großgezogen haben) eine Mütterpension zu gewähren, Sozialbetrug und Schwarzarbeit schärfer zu bekämpfen, den Konsumentenschutz zu verschärfen oder die Erbschaftssteuer abzuschaffen. Diese Vorschläge haben aber immer noch eine wesentlich höhere Zustimmung als Ablehnung. Diese Relation verschlechtert sich ein wenig bei den Ideen die Steuerbemessung von der Familiengröße abhängig zu machen und pro Familienmitglied einen Freibetrag zu vergeben, den Langzeitarbeitslosen (die

eine gering bezahlte Arbeit annehmen) eine Vergünstigung zu geben, Eltern mit mehreren Kindern Abschläge bei der Pensionsversicherung einzuräumen oder den Mindestlohn für alle Arbeitnehmer auf € 1.300,- anzuheben.

Bereits deutlich weniger Beifall - und überdies auch eine stärkere Ablehnung - finden die Ideen, jedem jungen Menschen zur Förderung seiner Eigenständigkeit ein Jugendstartgeld zu geben, den Spitzensteuersatz von 50 auf 40 % herabzusetzen, besonders gesundheitsbewusst lebenden Leuten den Beitrag zur Krankenversicherung zu ermäßigen, oder es ab einer gewissen Einkommenshöhe jedem freizustellen, wo er versichert sein möchte. Mit Ausnahme der beiden letzten Vorschläge finden aber doch alle anderen mehr Befürwortung als Ablehnung, wie aus der nachstehenden Aufstellung ersichtlich ist.

FRAGE: "Um die sozialen Probleme bewältigen zu können, müssen oft ganz neue Maßnahmen ergriffen werden. Hier stehen einige Vorschläge dafür. Welche dieser Maßnahmen sollten Ihrer Ansicht nach unbedingt verwirklicht werden?" (Vorlage einer Liste)

FRAGE: "Und welche dieser Vorschläge finden Sie nicht gut; was sollte Ihrer Meinung nach nicht verwirklicht werden?" (Vorlage einer Liste)

der g	Diese Vorschläge sollten –		
	verwirklicht werden	nicht verwirklicht werden	Überhang Zustimmung
	%	%	%
Langzeitarbeitslose sollten zu Sozialdiensten herangezogen werden können.....	55	9	= + 46
Fahrtkosten für Pendler sollten steuerlich absetzbar werden	47	6	= + 42
Jeder, der einen alten, pflegebedürftigen Menschen betreut sollte einen Pflegescheck von € 1.000 erhalten, mit dem er die Pflegeleistung selbst gestalten kann.....	45	9	= + 36
Das Steuersystem sollte radikal vereinfacht werden.....	45	5	= + 40
Für Mütter ab 60, die zumindest ein Kind großgezogen haben und keine eigene Pension beziehen, sollte es eine Mutterpension geben.....	42	11	= + 30
Sozialmissbrauch, Sozialbetrug oder Schwarzarbeit sollten schärfer bekämpft werden.....	41	8	= + 33
Die Erbschaftssteuer sollte abgeschafft werden.....	40	11	= + 30
Die Steuerbemessung sollte von der Familiengröße abhängen. Pro Familienmitglied sollte es einen Freibetrag geben.....	39	11	= + 28
Der Konsumentenschutz sollte verschärft werden.....	38	6	= + 32
Langzeitarbeitslose, die eine gering bezahlte Arbeit annehmen, sollten Vergünstigungen erhalten.....	37	12	= + 25

Eltern mit mehreren Kindern sollten weniger für die Pensionsversicherung zahlen müssen.....	37.....	13.....	= + 24
Der Mindestlohn für alle Arbeitnehmer sollte in Zukunft €1.300 betragen.....	36.....	20.....	= + 16
Jeder junge Mensch sollte zur Förderung seiner Eigenständigkeit ein "Jugendstartgeld" erhalten.....	25.....	21.....	=+ 4
Der Spitzensteuersatz sollte von 50 auf 40 Prozent herabgesetzt werden.....	24.....	18.....	= + 6
Leute, die nachweisbar besonders gesundheitsbewusst leben, sollten geringere Beiträge zur Krankenversicherung zahlen.....	19.....	22.....	= - 3
Ab einer gewissen Einkommenshöhe sollte man sich selbst aussuchen können, wo man versichert sein möchte	19.....	19.....	= +/- 0

Die demoskopische Gegenprobe zum beschriebenen Test bestand in der Frage, welche der Vorschläge man ausdrücklich nicht verwirklicht sehen möchte. Der durchwegs niedrige Antwortpegel darauf lässt zwei Auslegungen zu: Zum einen, dass kein einziges dieser sozialen Konzepte auf eine nennenswerte Ablehnung stößt, zum anderen sollte man jedoch auch eine Urteilsunsicherheit ins Kalkül ziehen. Ziemlich kritisch sehen die Österreicher bereits die Einführung eines Mindestlohns von € 1.300,-; diese Idee hätte immerhin noch einen gewissen Überhang der Zustimmung.

Mit ziemlicher Sicherheit ist aber anzunehmen, dass fünf der Ideen keine tragfähige Basis für eine gewinnbringende

Ansprache der Bevölkerung bieten, Jugendstartgeld, Senkung des Spitzensteuersatzes, Ermäßigung der Krankenversicherung für besonders Gesundheitsbewusste und freie Wahl der Versicherung.

Markante Abweichungen vom Durchschnittswert der Zustimmung zu sozialpolitischen Maßnahmen finden wir hinsichtlich der Parteisympathien insbesondere zu folgenden Ideen:

Langzeitarbeitslose sollen zu Sozialdiensten herangezogen werden	Ø 55 %	ÖVP, FPÖ/BZÖ-Anhänger je 70 %	
Abschaffung der Erbschaftsteuer	Ø 40 %	Grüne	33 %
		SPÖ	34 %
		ÖVP	48 %
		FPÖ/BZÖ	49 %
Verschärfung des Konsumentenschutzes	Ø 38 %	Grüne	48 %
Mehrkindereltern sollten weniger für die Pensionsversicherung zahlen	Ø 37 %	SPÖ	29 %
Jugendstartgeld	Ø 25 %	Grüne	33 %
Spitzensteuersatz senken	Ø 24 %	FPÖ/BZÖ	32 %

Etwas überraschend mag sein, dass die Festsetzung eines Mindestlohns von € 1.300,- (Ø 36 %) die höchste Zustimmung mit 44 % bei FPÖ/BZÖ-Sympathiesanten fand.

Starke Abweichungen bei der Ablehnung der sozialpolitischen Vorschläge finden sich zu folgenden Themen:

Besonders gesundheitsbewußt Lebende sollen geringere Krankenversicherungsbeiträge zahlen	Ø – 22 %	FPÖ/BZÖ	– 31 %
Ab größerer Einkommenshöhe selbst aussuchen, wo man sich versichert	Ø – 19 %	Grüne	– 9 %
		FPÖ/BZÖ	– 34 %
Spitzensteuersatz senken	Ø – 18 %	Grüne	– 26 %
Mehrelternkinder sollen weniger Pensionsversicherung zahlen	Ø – 13 %	Grüne	– 27 %
Steuerbemessung nach Familiengröße	Ø – 11 %	Grüne	– 21 %

Erbschaftssteuer abschaffen	Ø – 11 %	FPÖ/BZÖ	– 20 %
Fahrtkosten der Pendler steuerlich absetzen	Ø -6 %	ÖVP	– 11 %

**B. MASSNAHMEN ZUR
VERBESSERUNG DER
WETTBEWERBS-
FÄHIGKEIT**

vom April 2007 bezeichneten fast sechs von zehn der Erwachsenen die Sparsamkeit des Staates als eine wichtige Voraussetzung für unsere internationale Wettbewerbsfähigkeit und als notwendige Reaktion auf die Globalisierung. Als weitere dringliche Maßnahmen empfahl man steuerliche Entlastungen der Klein- und Mittelbetriebe und des Mittelstandes, den vermehrten Kauf von inländischen Waren und nicht zuletzt – (ein ebenfalls notorischer Wunsch) – die Verkleinerung des Beamten- und Verwaltungsapparates.

Jeweils knapp zwei Fünftel der Erwachsenen setzen sich dafür ein, unfähige Führungskräfte in der Wirtschaft auszutauschen oder die Gründung neuer Betriebe zu erleichtern. Eine bereits geringere Zahl von rund einem Drittel der

Österreicher glaubt, es würde unsere Wettbewerbsfähigkeit verbessern, wenn die hohen Einkommen stärker besteuert werden.

Die Österreicher haben seit vielen Jahren ein geradezu elementares Verlangen nach einem sparsamen Umgang des Staates mit den Steuergeldern.

Ganz und gar nicht in die Rezeptur des gesamtwirtschaftlichen Nutzens passt nach Auffassung der Bevölkerung die Forderung, jeder Einzelne sollte sich sparsamer verhalten. Äußerst wenig hält man überdies von einer Subventionierung der Krisenregionen aus Steuergeldern, oder von der steuerlichen Begünstigung der Unternehmensgewinne mit dem Ziel, die Investitionsfreudigkeit zu erhöhen.

Keineswegs akzeptieren würde man den zeitgebundenen Verzicht der Arbeitnehmer auf betriebliche Sozialleistungen.

FRAGE: "Es werden jetzt verschiedene Möglichkeiten diskutiert, wie man auf die Globalisierung und den harten wirtschaftlichen Wettbewerb reagieren sollte. Was von diesen Dingen sollte Ihrer Meinung nach zur Verbesserung unserer Wettbewerbsfähigkeit getan werden?" (Vorlage einer Liste)

	Bevölkerung insgesamt
	%
Der Staat sollte sparsamer mit Steuergeldern umgehen.....	59
Die Klein- und Mittelbetriebe sollten steuerlich entlastet werden.....	46
Der Mittelstand sollte steuerlich entlastet werden.....	45
Die Österreicher sollten mehr inländische Waren kaufen.....	45
Der Beamten- und Verwaltungsapparat sollte reduziert werden.....	45
In den Unternehmen sollten unfähige Führungskräfte ausgetauscht werden....	38
Die Gründung neuer Betriebe sollte vom Staat erleichtert werden.....	38
Personen mit hohem Einkommen sollten stärker besteuert werden.....	34
Die Zuwanderung sollte vollständig abgebaut werden.....	29
Jeder einzelne sollte mehr sparen.....	21
Betriebe in Krisenregionen sollten aus Steuergeldern subventioniert werden...	18
Die Besteuerung der Unternehmensgewinne sollten gesenkt werden, damit mehr investiert werden kann.....	18
Die Gewerkschaften sollten mit ihren Forderungen zurückhaltender sein.....	15
Jeder einzelne sollte sich bei seiner Arbeit noch mehr anstrengen.....	15
Die Arbeitnehmer sollten eine zeitlang auf betriebliche Sozialleistungen verzichten.....	7

Besonders starke Abweichungen vom Durchschnittsstand nach der Parteipräferenz der Befragten waren bei folgenden Anliegen feststellbar:

Staat soll sparsamer mit Steuergeld umgehen	Ø 59 %	FPÖ/BZÖ	70 %
Beamten- und Verwaltungsapparat reduzieren	Ø 45 %	Grüne 62 % FPÖ/BZÖ	55 %
Österreicher sollen mehr inländische Waren kaufen	Ø 45 %	Grüne 63 % FPÖ/BZÖ	51 %
Mittelstand steuerlich entlasten	Ø 45 %	ÖVP	51 %
Staat soll Gründung neuer Betriebe erleichtern	Ø 38 %	FPÖ/BZÖ SPÖ Grüne	28 % 29 % 52 %
Zuwanderung abbauen	Ø 29 %	Grüne FPÖ/BZÖ	9 % 57 %
Betriebe in Krisengebieten steuerlich subventionieren	Ø 18 %	Grüne	36 %
Gewerkschaften sollen zurückhaltender sein	Ø 15 %	SPÖ Grüne	10 % 24 %

Schlussbemerkung:

Die Rückschlüsse aus den Antworten zu den diversen Vorschlägen vermitteln ein interessantes Stimmungsbild der Bevölkerung. „Beruhigend“ ist, dass die Vielfalt der Meinung auch innerhalb der Parteipräferenzen einen wissenschaftlich

orientierten totalen Populismus der Politik nicht ermöglicht.

Zur möglichen eigenen Vertiefung in die Materie sind nachstehend die Tabellen der Umfrage-Beantwortung abgedruckt.

Anhang

Darstellung der Tabellen der Meinungsumfrage zu den vorher kommentierten Themenbereichen.

A.1.	Die wichtigsten Vorschläge zur Bewältigung sozialer Probleme	Seite 12
A.2.	Unwichtige Vorschläge zur Bewältigung sozialer Probleme	Seite 16
B.	Die Maßnahmen zur Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit	Seite 20

A.1.

IMAS-UMFRAGE
APRIL 2007OESTERR. BEVOELK.
AB 16 JAHRE-----
IN PROZENT
DIE WICHTIGSTEN VORSCHLAEGE ZUR BEWAELTIGUNG SOZIALER PROBLEME

FRAGE 23

UM DIE SOZIALEN PROBLEME BEWAELTIGEN ZU KOENNEN, MUESSEN OFT GANZ NEUE MASSNAHMEN ERGRIFFEN WERDEN. HIER STEHEN EINIGE VORSCHLAEGE DAFUER. WELCHE DIESER MASSNAHMEN SOLLTEN IHRER ANSICHT NACH UNBEDINGT VERWIRKLICHT WERDEN? (VORLAGE EINER LISTE)

	LANGZEIT- ARBEITSLOSE SOLLTEN ZU SOZIALDIEN- STEN HERAN- GEZOGEN WERDEN KOENNEN	FAHRTKOSTEN FUER PENDLER SOLLTEN STEUERLICH ABSETZBAR WERDEN	JEDER, D. EINEN ALTEN, PFLEGE- BED. MENSCHEN BETREUT, SOLLTE EINEN PFLEGE- SCHECK VON EUR 1.000 ERHALTEN. MIT DEM MAN D. PFLEGELEISTUNG SELBST GESTALTEN KOENNEN	DAS STEUER- SYSTEM SOLLTE RADIKAL VEREINFACHT WERDEN
AB 16 J. INSGESAMT	55	47	45	45

M A E N N E R	56	50	43	47
F R A U E N	55	45	47	43

16-29-JAEHRIGE . . .	51	48	43	40
30-49-JAEHRIGE . . .	55	48	41	44
50 J.U.AELTERE . . .	58	46	51	49

VOLKS-, HAUPTSCH. . .	50	44	42	41
WEITERF. SCH. O. MAT	59	48	46	46
MATURA, UNI	56	51	49	49

EINFACHE ARBEITER	46	40	41	39
FACHARBEITER	59	51	44	45
EINF. ANGEST/BEAMT	55	49	44	45
LEIT. ANGEST/BEAMT	64	48	50	47
SELBST. FR. BERUF*)	56	41	44	53
LANDWIRTE*)	44	55	61	46

LAND (BIS 5000 EW)	57	52	46	44
KLEIN-, MITTELST. . .	56	52	47	47
LANDESHAUPTSTADT. . .	63	53	53	51

WIEN	46	29	38	41
NIEDEROEST. BGLD. . .	49	54	31	50
STIEIERMK. KAERNTEN	56	55	60	42
OBEROESTERREICH. . .	63	44	52	43
SBG. TIROL. VORARLB	66	53	48	48

SPOE-ANHAENGER . . .	51	44	44	43
OEVP-ANHAENGER . . .	70	46	48	46
FPOE/BZOE-ANH. . .*)	70	60	53	50
DIE GRUENEN*)	52	55	56	57
UNENTSCH. , UNKLARE	50	46	43	44

*) RICHTWERTE, DA DIE ZAHL DER BEFRAGTEN UNTER 80 LIEGT.

IN PROZENT
DIE WICHTIGSTEN VORSCHLAEGE ZUR BEWAELTIGUNG SOZIALER PROBLEME

	FUER MUETTER, AB 60, DIE ZUMINDEST EIN KIND GROSSGE- ZOGEN HABEN U.KEINE EIGENE PENSION BEZIE- HEN, SOLLTE ES EINE MUETTER- PENSION GEBEN	SOZIALMISS- BRAUCH, SOZIALBETRUG OD. SCHWARZ- ARBEIT SOLLTEN SCHAERFER BEKAEMPFT WERDEN	DIE ERBSCHAFTS- STEUER SOLLTE AB- GESCHAFFT WERDEN	DIE STEUER- BEMESSUNG SOLLTE VON D.FAMILIEN- GROESSE ABHAENGEN. PRO FAMILIEN- MITGLIED SOLLTE ES EINEN FREI- BETRAG GEBEN
AB 16 J. INSGESAMT	42	41	40	39

M A E N N E R	39	43	44	38
F R A U E N	45	39	36	41

16-29-JAEHRIGE . . .	32	40	35	35
30-49-JAEHRIGE . . .	45	38	40	41
50 J.U.AELTERE . . .	45	44	42	40

VOLKS-, HAUPTSCH. .	37	33	35	33
WEITERF. SCH. O. MAT	43	43	41	41
MATURA, UNI	48	48	44	46

EINFACHE ARBEITER	37	32	30	31
FACHARBEITER	35	39	43	34
EINF. ANGEST/BEAMT	45	42	37	43
LEIT. ANGEST/BEAMT	42	54	48	45
SELBST. FR. BERUF*)	49	41	50	37
LANDWIRTE*)	55	25	45	48

LAND (BIS 5000 EW)	42	38	41	45
KLEIN-, MITTELST. .	41	45	40	33
LANDESHAUPTSTADT .	52	53	49	44

WIEN	38	34	32	33
NIEDEROEST. BGLD. .	35	46	41	35
STIERMK. KAERNTEN	51	44	44	38
OBEROESTERREICH. .	48	39	34	48
SBG. TIROL. VORARLB	39	41	46	45

SPOE-ANHAENGER . . .	38	41	34	32
OEVP-ANHAENGER . . .	40	44	48	40
FPOE/BZOE-ANH. . .*)	42	46	49	35
DIE GRUENEN*)	46	49	33	40
UNENTSCH. , UNKLARE	44	38	39	44

*) RICHTWERTE, DA DIE ZAHL DER BEFRAGTEN UNTER 80 LIEGT.

IN PROZENT
DIE WICHTIGSTEN VORSCHLAEGE ZUR BEWAELTIGUNG SOZIALER PROBLEME

	DER KONSUMEN- TENSCHUTZ SOLLTE VERSCHAERFT WERDEN	LANGZEITAR- BEITSLÖSE, DIE EINE GERING BEZAHLTE ARBEIT ANNEHMEN, SOLLTEN VERGÜEN- STIGUNGEN ERHALTEN	ELTERN MIT MEHREREN KINDERN SOLLTEN WENIGER FUER DIE PENSIONS- VERSICHER- UNG ZAHLEN MUESSEN	DER MINDEST- LOHN FUER ALLE ARBEIT- NEHMER SOLLTE IN ZUKUNFT EUR 1.300 BETRAGEN
AB 16 J. INSGESAMT	38	37	37	36

M A E N N E R	37	39	38	35
F R A U E N	38	36	35	36

16-29-JAEHRIGE	38	35	33	46
30-49-JAEHRIGE	33	38	37	32
50 J. U. AELTERE	42	37	38	34

VOLKS-, HAUPTSCH.	32	29	35	37
WEITERF. SCH. O. MAT	39	40	38	40
MATURA, UNI	44	45	37	26

EINFACHE ARBEITER	30	27	35	40
FACHARBEITER	40	38	32	40
EINF. ANGEST/BEAMT	39	35	38	36
LEIT. ANGEST/BEAMT	41	45	35	27
SELBST. FR. BERUF*)	42	48	36	31
LANDWIRTE*)	36	50	63	38

LAND (BIS 5000 EW)	38	37	42	38
KLEIN-, MITTELST.	40	33	33	36
LANDESHAUPTSTADT	46	41	35	37

WIEN	31	41	31	31
NIEDEROEST. BGLD.	44	33	29	37
STEIERMK. KAERTEN	41	39	41	38
OBEROESTERREICH	36	34	42	39
SBG. TIROL. VORARLB	37	38	43	34

SPOE-ANHAENGER	35	34	29	37
OEVP-ANHAENGER	37	42	31	24
FPOE/BZOE-ANH.*)	44	43	44	44
DIE GRUENEN*)	48	51	45	37
UNENTSCH., UNKLARE	38	34	40	38

*) RICHTWERTE, DA DIE ZAHL DER BEFRAGTEN UNTER 80 LIEGT.

IN PROZENT
DIE WICHTIGSTEN VORSCHLAEGE ZUR BEWAELTIGUNG SOZIALER PROBLEME

	JEDER JUNGE MENSCH SOLLTE ZUR FOERDERUNG SEINER EIGENSTAENDIGKEIT EIN "JUGEND-STARTGELD" ERHALTEN	DER SPITZEN- STEUERSATZ SOLLTE VON 50 AUF 40 PROZENT HERABGE-SETZT WERDEN	LEUTE, DIE NACHWEISBAR BESONDERS GESUNDHEITS- BEWUSST LE- BEN, SOLLTEN GERINGERE BEITRAEGE ZUR KRANKEN- VERSICHERUNG ZAHLEN	AB EINER GE- WISSEN EIN- KOMMENSHOEHE SOLLTE MAN SICH SELBST AUSSUCHEN KOENNEN, WO MAN VER- SICHERT SEIN MOECHTE
AB 16 J. INSGESAMT	25	24	19	19

M A E N N E R	23	24	20	21
F R A U E N	27	23	18	18

16-29-JAEHRIGE	39	19	18	17
30-49-JAEHRIGE	25	23	21	19
50 J. U. AELTERE	18	27	19	21

VOLKS- , HAUPTSCH	24	23	16	15
WEITERF. SCH. O. MAT	25	26	20	19
MATURA, UNI	28	21	22	25

EINFACHE ARBEITER	19	27	21	12
FACHARBEITER	28	27	17	19
EINF. ANGEST/BEAMT	27	22	16	20
LEIT. ANGEST/BEAMT	24	22	22	23
SELBST. FR. BERUF*)	26	26	28	25
LANDWIRTE*)	30	17	20	17

LAND (BIS 5000 EW)	23	21	21	18
KLEIN- , MITTELST	25	34	16	16
LANDESHAUPTSTADT	30	24	20	30

WIEN	29	16	20	21
NIEDEROEST. BGLD	21	32	17	21
STEIERMK. KAERNTEN	35	28	22	21
OBEROESTERREICH	17	25	23	18
SBG. TIROL. VORARLB	23	16	16	15

SPOE-ANHAENGER	26	26	19	17
OEVP-ANHAENGER	23	27	19	16
FPOE/BZOE-ANH*)	31	32	21	23
DIE GRUENEN*)	33	22	36	25
UNENTSCH. , UNKLARE	24	21	17	20

*) RICHTWERTE, DA DIE ZAHL DER BEFRAGTEN UNTER 80 LIEGT.

A.2.

IMAS-UMFRAGE
APRIL 2007

OESTERR. BEVOELK.
AB 16 JAHRE

IN PROZENT

UNWICHTIGE VORSCHLAEGE ZUR BEWAELTIGUNG SOZIALER PROBLEME

FRAGE 24

UND WELCHE DIESER VORSCHLAEGE FINDEN SIE NICHT GUT; WAS SOLLTE IHRER MEINUNG NACH NICHT VERWIRKLICHT WERDEN? (VORLAGE EINER LISTE)

	LEUTE, DIE JEDER JUNGE NACHWEISBAR BESONDERS GESUNDHEITS- BEWUSST LE- BEN, SOLLTEN GERINGERE BEITRAEGE ZUR KRANKEN- VERSICHERUNG ZAHLEN	JEDER JUNGE MENSCH SOLLTE ZUR FOERDERUNG SEINER EIGENSTAEN- DIGKEIT EIN "JUGEND- STARTGELD" ERHALTEN	DER MINDEST- LOHN FUER ALLE ARBEIT- NEHMER SOLLTE IN ZUKUNFT EUR 1.300 BETRAGEN	AB EINER GE- WISSEN EIN- KOMMENSHOEHE SOLLTE MAN SICH SELBST AUSSUCHEN KOENNEN, WO MAN VER- SICHERT SEIN MOECHTE
AB 16 J. INSGESAMT	22	21	20	19

M A E N N E R....	20	23	22	17
F R A U E N.....	23	19	18	21

16-29-JAEHRIGE...	25	12	15	19
30-49-JAEHRIGE...	22	23	22	16
50 J.U. AELTERE...	20	23	20	22

VOLKS-, HAUPTSCH..	18	18	14	23
WEITERF. SCH.O.MAT	26	20	18	19
MATURA, UNI.....	19	25	30	13

EINFACHE ARBEITER	16	18	10	16
FACHARBEITER.....	22	24	16	14
EINF.ANGEST/BEAMT	26	18	20	25
LEIT.ANGEST/BEAMT	21	31	32	19
SELBST.FR.BERUF*)	17	15	20	8
LANDWIRTE.....*)	21	8	18	22

LAND (BIS 5000 EW)	21	20	15	22
KLEIN-, MITTELST..	24	22	17	22
LANDESHAUPTSTADT.	23	26	35	14

WIEN.....	19	18	24	13
NIEDEROEST.BGLD..	28	18	15	22
STIERMK.KAERTEN	22	17	19	21
OBEROESTERREICH..	19	24	14	15
SBG.TIROL.VORARLB	19	27	26	23

SPOE-ANHAENGER...	18	17	15	17
OEVP-ANHAENGER...	21	21	32	22
FPOE/BZOE-ANH..*)	31	25	23	34
DIE GRUENEN.....*)	16	30	28	9
UNENTSCH., UNKLARE	23	21	16	18

*) RICHTWERTE, DA DIE ZAHL DER BEFRAGTEN UNTER 80 LIEGT.

IN PROZENT
UNWICHTIGE VORSCHLAEGE ZUR BEWAELTIGUNG SOZIALER PROBLEME

	DER SPITZEN- STEUERSATZ SOLLTE VON 50 AUF 40 PROZENT HERABGE- SETZT WERDEN	ELTERN MIT MEHREREN KINDERN SOLLTEN WENIGER FUER DIE PENSIONS- VERSICHER- UNG ZAHLEN MUESSEN	LANGZEITAR- BEITSLÖSE, DIE EINE GERING BEZAHLTE ARBEIT ANNEHMEN, SOLLTEN VERGÜEN- STIGUNGEN ERHALTEN	DIE STEUER- BEMESSUNG SOLLTE VON D.FAMILIEN- GROESSE ABHAENGEN. PRO FAMILIEN- MITGLIED SOLLTE ES EINEN FREI- BETRAG GEBEN
AB 16 J. INSGESAMT	18	13	12	11

M A E N N E R	20	15	13	13
F R A U E N	15	11	11	10

16-29-JAEHRIGE . . .	20	12	12	10
30-49-JAEHRIGE . . .	17	13	12	12
50 J.U.AELTERE . . .	16	14	11	11

VOLKS- , HAUPTSCH . .	12	9	12	11
WEITERF. SCH. O. MAT	19	14	13	9
MATURA, UNI	23	17	10	15

EINFACHE ARBEITER	16	8	12	13
FACHARBEITER	18	15	15	11
EINF. ANGEST/BEAMT	18	14	11	10
LEIT. ANGEST/BEAMT	20	15	9	12
SELBST. FR. BERUF*)	18	13	12	9
LANDWIRTE*)	13	9	9	14

LAND (BIS 5000 EW)	17	14	10	12
KLEIN- , MITTELST . .	15	10	13	14
LANDESHAUPTSTADT .	26	17	17	13

WIEN	18	13	10	5
NIEDEROEST. BGLD . .	11	18	16	15
STEIERMK. KAERNTEN	20	15	15	18
OBEROESTERREICH . .	15	12	12	8
SBG. TIROL. VORARLB	24	7	5	9

SPOE-ANHAENGER . . .	15	12	13	10
OEVP-ANHAENGER . . .	19	18	8	13
FPOE/BZOE-ANH. . .*)	19	15	18	12
DIE GRUENEN*)	26	27	14	21
UNENTSCH. , UNKLARE	17	10	11	10

*) RICHTWERTE, DA DIE ZAHL DER BEFRAGTEN UNTER 80 LIEGT.

IN PROZENT
UNWICHTIGE VORSCHLAEGE ZUR BEWAELTIGUNG SOZIALER PROBLEME

	FUER MUETTER, AB 60, DIE ZUMINDEST EIN KIND GROSSGE- ZOGEN HABEN U.KEINE EIGENE PENSION BEZIE- HEN, SOLLTE ES EINE MUETTER- PENSION GEBEN	DIE ERBSCHAFTS- STEUER SOLLTE AB- GESCHAFFT WERDEN	JEDER, D.EINEN ALTEN, PFLEGE- BED.MENSCHEN BETREUT, SOLLTE EINEN PFLEGE- SCHECK VON EUR 1.000 ERHALTEN. MIT DEM MAN D. PFLEGELEISTUNG SELBST GESTALTEN KOENNEN	LANGZEIT- ARBEITSLOSE SOLLTEN ZU SOZIALDIEN- STEN HERAN- GEZOGEN WERDEN KOENNEN
AB 16 J. INSGESAMT	11	11	9	9

M A E N N E R	12	11	10	10
F R A U E N	10	11	9	9

16-29-JAEHRIGE . . .	11	9	9	11
30-49-JAEHRIGE . . .	12	13	11	9
50 J.U.AELTERE . . .	10	10	8	8

VOLKS- ,HAUPTSCH. . .	12	10	8	8
WEITERF.SCH.O.MAT	10	12	9	10
MATURA, UNI	11	10	12	9

EINFACHE ARBEITER	12	13	6	10
FACHARBEITER	10	9	11	8
EINF.ANGEST/BEAMT	10	13	10	9
LEIT.ANGEST/BEAMT	15	7	10	8
SELBST.FR.BERUF*)	10	10	10	13
LANDWIRTE*)	6	8	5	7

LAND (BIS 5000 EW)	13	13	8	8
KLEIN- ,MITTELST. . .	10	10	8	9
LANDESHAUPTSTADT. .	7	9	15	13

WIEN	10	9	10	9
NIEDEROEST.BGLD. . .	17	7	14	10
STIERMK.KAERNTEN	7	12	6	10
OBEROESTERREICH. . .	7	12	6	5
SBG.TIROL.VORARLB	13	15	10	10

SPOE-ANHAENGER. . .	11	13	6	7
OEVP-ANHAENGER. . .	14	11	13	9
FPOE/BZOE-ANH. . .*)	18	20	14	16
DIE GRUENEN. . . .*)	10	17	14	9
UNENTSCH. ,UNKLARE	9	7	8	9

*) RICHTWERTE, DA DIE ZAHL DER BEFRAGTEN UNTER 80 LIEGT.

IN PROZENT
UNWICHTIGE VORSCHLAEGE ZUR BEWAELTIGUNG SOZIALER PROBLEME

	SOZIALMISS- BRAUCH, SOZIALBETRUG OD. SCHWARZ- ARBEIT SOLLTEN SCHAERFER BEKAEMPFT WERDEN	DER KONSUMEN- TENSCHUTZ SOLLTE VERSCHAERFT WERDEN	FAHRTKOSTEN FUER PENDLER SOLLTEN STEUERLICH ABSETZBAR WERDEN	DAS STEUER- SYSTEM SOLLTE RADIKAL VEREINFACHT WERDEN
AB 16 J. INSGESAMT	8	6	6	5

M A E N N E R	8	6	6	6
F R A U E N	8	6	5	5

16-29-JAEHRIGE . . .	9	6	6	4
30-49-JAEHRIGE . . .	9	8	7	7
50 J.U.AELTERE . . .	7	5	4	4

VOLKS- , HAUPTSCH. .	9	5	4	5
WEITERF. SCH. O. MAT	9	6	6	5
MATURA, UNI	6	7	8	5

EINFACHE ARBEITER	10	5	4	8
FACHARBEITER	12	8	7	5
EINF. ANGEST/BEAMT	5	5	5	4
LEIT. ANGEST/BEAMT	7	6	9	7
SELBST. FR. BERUF*)	13	11	6	2
LANDWIRTE*)	8	4	-	2

LAND (BIS 5000 EW)	10	8	5	5
KLEIN- , MITTELST. .	8	3	3	5
LANDESHAUPTSTADT .	8	7	7	8

WIEN	5	6	11	4
NIEDEROEST. BGLD. .	7	7	4	3
STEIERMK. KAERNTEN	9	6	4	6
OBEROESTERREICH. .	12	5	5	7
SBG. TIROL. VORARLB	9	8	5	6

SPOE-ANHAENGER . . .	7	6	3	3
OEVP-ANHAENGER . . .	9	8	11	8
FPOE/BZOE-ANH. . .*)	11	4	5	8
DIE GRUENEN*)	12	9	9	4
UNENTSCH. , UNKLARE	8	6	5	5

*) RICHTWERTE, DA DIE ZAHL DER BEFRAGTEN UNTER 80 LIEGT.

B.

IMAS-UMFRAGE
APRIL 2007

OESTERR. BEVOELK.
AB 16 JAHRE

IN PROZENT
DIE MASSNAHMEN ZUR VERBESSERUNG DER WETTBEWERBSFAEHIGKEIT

FRAGE 45

ES WERDEN JETZT VERSCHIEDENE MOEGLICHKEITEN DISKUTIERT, WIE MAN AUF DIE GLOBALISIERUNG UND DEN HARTEN WIRTSCHAFTLICHEN WETTBEWERB REAGIEREN SOLLTE. WAS VON DIESEN DINGEN SOLLTE IHRER MEINUNG NACH ZUR VERBESSERUNG UNSERER WETTBEWERBSFAEHIGKEIT GETAN WERDEN?
(VORLAGE EINER LISTE)

	DER STAAT SOLLTE SPARSAMER MIT STEUER- GELDERN UMGEHEN	DIE KLEIN- U. MITTEL- BETRIEBE SOLLTEN STEUERLICH ENTLASTET WERDEN	DER MITTEL- STAND SOLLTE STEUER- LICH ENTLASTET WERDEN	DIE OESTER- REICHER SOLLTEN MEHR INLAEN- DISCHE WAREN KAUFEN	DER BEAMTEN- UND VER- WALTUNGS- APPARAT SOLLTE REDUZIERT WERDEN
AB 16 J. INSGESAMT	59	46	45	45	45

M A E N N E R	59	51	48	46	48
F R A U E N	59	42	43	45	43

16-29-JAEHRIGE . . .	58	40	40	48	38
30-49-JAEHRIGE . . .	56	47	45	44	44
50 J.U.AELTERE . . .	62	49	48	46	51

VOLKS-, HAUPTSCH. .	50	37	40	39	42
WEITERF. SCH.O.MAT	65	49	47	48	47
MATURA, UNI	61	54	51	49	47

EINFACHE ARBEITER	44	30	34	35	37
FACHARBEITER	55	45	46	47	48
EINF.ANGEST/BEAMT	64	46	47	45	44
LEIT.ANGEST/BEAMT	67	60	48	47	46
SELBST.FR.BERUF*)	64	53	49	54	54
LANDWIRTE*)	63	63	63	65	64

LAND (BIS 5000 EW)	59	51	49	49	49
KLEIN-, MITTELST. .	62	47	49	41	46
LANDESHAUPTSTADT .	64	48	41	56	53

WIEN	52	34	35	37	33
NIEDEROEST.BGLD. .	52	41	42	44	40
STEIERMK.KAERNTEN	67	53	50	53	53
OBEROESTERREICH. .	57	50	49	48	50
SBG.TIROL.VORARLB	67	53	51	45	53

SPOE-ANHAENGER . . .	53	39	36	44	41
OEVP-ANHAENGER . . .	62	45	51	44	46
FPOE/BZOE-ANH. . .*)	70	47	47	51	55
DIE GRUENEN*)	64	51	33	63	62
UNENTSCH., UNKLARE	58	49	49	44	43

*) RICHTWERTE, DA DIE ZAHL DER BEFRAGTEN UNTER 80 LIEGT.

IN PROZENT
DIE MASSNAHMEN ZUR VERBESSERUNG DER WETTBEWERBSFAEHIGKEIT

	IN DEN UNTER- NEHMEN SOLLTEN UNFAEHIGE FUEHRUNGS- KRAEFTE AUSGE- TAUSCHT WERDEN	DIE GRUENDUNG MIT HOHEM NEUER BETRIEBE SOLLTE VOM STAAT ERLEICHTERT WERDEN	PERSONEN MIT HOHEM EINKOMMEN SOLLTEN STAERKER BESTEUERT WERDEN	DIE ZU- WANDERUNG SOLLTE VOLL- STAENDIG ABGEBAUT WERDEN	JEDER EINZELNE SOLLTE MEHR SPAREN
AB 16 J. INSGESAMT	38	38	34	29	21

M A E N N E R	39	41	35	30	21
F R A U E N	37	35	34	28	22

16-29-JAEHRIGE	32	38	29	28	21
30-49-JAEHRIGE	40	40	34	26	15
50 J. U. AELTERE	39	36	37	33	28

VOLKS- , HAUPTSCH	30	27	34	26	25
WEITERF. SCH. O. MAT	40	39	38	34	20
MATURA, UNI	45	52	28	24	19

EINFACHE ARBEITER	31	30	31	25	18
FACHARBEITER	39	30	33	36	21
EINF. ANGEST/BEAMT	38	41	36	27	22
LEIT. ANGEST/BEAMT	44	44	35	31	21
SELBST. FR. BERUF*)	46	48	35	24	20
LANDWIRTE*)	28	36	32	29	30

LAND (BIS 5000 EW)	37	42	37	24	23
KLEIN- , MITTELST	39	29	31	33	18
LANDESHAUPTSTADT	43	50	36	15	28

WIEN	35	33	33	42	19
NIEDEROEST. BGLD	44	39	36	24	18
STEIERMK. KAERNTEN	38	41	33	27	25
OBEROESTERREICH	35	37	38	35	20
SBG. TIROL. VORARLB	37	38	32	19	24

SPOE-ANHAENGER	36	29	34	27	17
OEVP-ANHAENGER	36	41	31	28	24
FPOE/BZOE-ANH*)	37	25	35	57	17
DIE GRUENEN*)	41	52	36	9	23
UNENTSCH. , UNKLARE	39	41	35	29	23

*) RICHTWERTE, DA DIE ZAHL DER BEFRAGTEN UNTER 80 LIEGT.

IN PROZENT
DIE MASSNAHMEN ZUR VERBESSERUNG DER WETTBEWERBSFAEHIGKEIT

	BETRIEBE DIE BESTEU- IN KRISEN- ERUNG DER REGIONEN UNTERNEH- SOLLTEN MENSGEWINNE AUS STEUER- SOLLTEN GELDERN GESENKT SUBVEN- WERDEN, TIONIERT DAMIT MEHR WERDEN INVESTIERT WERDEN KANN	D. GEWERK- SCHAFTEN SOLLTEN MIT IHREN FORDERUNGEN ZURUECK- HALTENDER SEIN
AB 16 J. INSGESAMT	18	15

M A E N N E R	18	17
F R A U E N	18	14

16-29-JAEHRIGE	13	10
30-49-JAEHRIGE	18	16
50 J. U. AELTERE	21	17

VOLKS- , HAUPTSCH	13	12
WEITERF. SCH. O. MAT	19	17
MATURA, UNI	25	17

EINFACHE ARBEITER	14	7
FACHARBEITER	16	12
EINF. ANGEST/BEAMT	18	17
LEIT. ANGEST/BEAMT	22	19
SELBST. FR. BERUF*)	29	22
LANDWIRTE*)	22	33

LAND (BIS 5000 EW)	16	19
KLEIN- , MITTELST	20	8
LANDESHAUPTSTADT	25	23

WIEN	17	12
NIEDEROEST. BGLD	12	18
STEIERMK. KAERNTEN	29	13
OBEROESTERREICH	17	14
SBG. TIROL. VORARLB	16	21

SPOE-ANHAENGER	16	10
OEVP-ANHAENGER	18	20
FPOE/BZOE-ANH*)	14	24
DIE GRUENEN*)	36	21
UNENTSCH. , UNKLARE	18	14

*) RICHTWERTE, DA DIE ZAHL DER BEFRAGTEN UNTER 80 LIEGT.

IN PROZENT
DIE MASSNAHMEN ZUR VERBESSERUNG DER WETTBEWERBSFAEHIGKEIT

	JEDER EINZELNE SOLLTE SICH BEI SEINER ARBEIT NOCH MEHR ANSTRENGEN	D. ARBEIT- NEHMER SOLLTEN EINE ZEIT- LANG AUF BETRIEB- LICHE SOZIAL- LEISTUNGEN VERZICHTEN
AB 16 J. INSGESAMT	15	7

M A E N N E R	16	8
F R A U E N	14	7

16-29-JAEHRIGE . . .	18	4
30-49-JAEHRIGE . . .	12	10
50 J. U. AELTERE . . .	16	6

VOLKS- , HAUPTSCH . .	11	5
WEITERF. SCH. O. MAT	16	7
MATURA, UNI	18	10

EINFACHE ARBEITER	8	7
FACHARBEITER	16	6
EINF. ANGEST/BEAMT	12	8
LEIT. ANGEST/BEAMT	24	6
SELBST. FR. BERUF*)	22	12
LANDWIRTE*)	20	5

LAND (BIS 5000 EW)	15	4
KLEIN- , MITTELST . .	14	8
LANDESHAUPTSTADT .	21	9

WIEN	13	11
NIEDEROEST. BGLD . .	13	3
STEIERSCH. KAERNTEN	15	8
OBEROESTERREICH . .	13	8
SBG. TIROL. VORARLB	21	6

SPOE-ANHAENGER . . .	10	8
OEVP-ANHAENGER . . .	20	9
FPOE/BZOE-ANH . . .*)	11	7
DIE GRUENEN*)	15	11
UNENTSCH. , UNKLARE	16	6

*) RICHTWERTE, DA DIE ZAHL DER BEFRAGTEN UNTER 80 LIEGT.

Das Internationale Institut für Liberale Politik Wien (IILP)
wurde im Herbst 2005 gegründet und bezweckt die Förderung liberaler Politik, insbesondere in den Bereichen
der Wirtschafts-, Sozial- und Finanzpolitik,
internationale Beziehungen, Europapolitik, Außen- und Sicherheitspolitik
sowie hinsichtlich aktueller Fragen der österreichischen Politik.

Das IILP versteht sich als bürgerlicher und pro-europäischer Think-Tank für Österreich.
Im Rahmen seines wissenschaftlichen und gesellschaftspolitischen Programms
lädt es zu zahlreichen Veranstaltungen.

Neben anderen Publikationen gibt es die „Sozialwissenschaftliche Schriftenreihe“ heraus.

IILP – ZVR Zahl 425665530



Internationales Institut
Liberale Politik Wien